

Geheim
Secret

Schweizerische Gesandtschaft

Berlin, den 6. Februar 1918.

in
Berlin.*in Zurich
8/1/18 E.*Streik.

Herr Bundespräsident,

In erster Linie beehre ich mich, auf meine Berichte vom 30. Januar und 2. Februar 1918 betreffend den Streik zu verweisen.

Gestern erhielt ich folgendes Telegramm: " Veuillez communiquer tous renseignements utiles sur grèves Berlin et Allemagne sur leur causes leur nature chiffre manifestants arrestation morts et votre opinion sur conséquences politiques Nummer 48 Auswärtiges."

Dieses Telegramm enthält zwischen den Zeilen an meine Adresse den Vorwurf, ich hätte am 30. Januar und 2. Februar zu wenig eingehend berichtet.

Ich beehre mich, darauf aufmerksam zu machen, daß momentan verschiedene wichtige und dringliche Geschäfte anhängig sind, so Heimtransport der Schweizer durch die Front aus Rußland, Schiffskauf oder Miete, Italienische Gefangenensachen, Kohlenmonopolfrage, Kauf eines Gesandtschaftsgebäudes, welche in ihrer Totalität durch Besuche auf Aemtern, Antichambrieren etc. viel Zeitverlust verursachen. Daneben muß ich ein sehr umfangreiches, mit Arbeit überlastetes, mit Personal ungenügend ausgerüstetes Bureau persönlich leiten. Es ist somit verständlich, daß für das Einholen von Nachrichten über Begebenheiten leider viel zu wenig Zeit und Bewegungsfreiheit übrigbleibt.

Herrn Bundespräsident Calonder,

Chef des Politischen Departementes,

B e r n.

BAr

17

Dodis



(Die grossen Distanzen bilden hiebei naturgemäß ein bedeutendes Hindernis).

Nach dem Urteil unserer nichtamtlichen, teilweise aber der Presse angehörenden Gewährsmänner sollen die Streiks ihre tiefere Ursache in geheimen Vereinbarungen haben, welche in Stockholm zwischen den Bolschewikis und ganz linksstehenden deutschen Sozialdemokraten getroffen wurden. Auch an der Ostfront sollen die Bolschewikis versucht haben, die deutschen Soldaten zu veranlassen, einen Generalstreik in der deutschen Rüstungsindustrie hervorzurufen. Während diese Versuche an der Ostfront keinen Erfolg gehabt hätten, seien sie via Stockholm geglückt. Die Stockholmer Abmachungen seien aber so geheim gehalten worden, daß die organisierte Sozialdemokratie Deutschlands vom Streike vollkommen überrascht worden sei. (Die Ueerraschung erfolgte wohl absichtlich, um eine andere Stellungnahme der Partei gegenüber dem Streike zu verunmöglichen.)

Der Streik wurde denn auch fast ausschließlich von den unabhängigen Sozialdemokraten ins Leben gerufen und hatte einen vollständig improvisierten Charakter. Die Sache war wohl so gedacht, daß der Streik, einmal in Fluß gekommen, die ganze Arbeiterschaft mit sich reissen werde.

Zum Ausbruch des Streikes im jetzigen Zeitpunkte soll - immer nach meinen Gewährsmännern - nicht unwesentlich der Umstand beigetragen haben, daß Graf Hertling in seiner letzten Rede im Hauptausschuß nicht, wie bis kurz vor der Ausschußsitzung beabsichtigt war, über das Wahlrecht in Preussen zu sprechen kam. Hinsichtlich dieser

Unterlassung soll Scheidemann damals im Hauptausschuß erklärt haben, daß er für die Stellung, die die Sozialdemokratie hiezu einnehmen werde, keine Garantie leisten und keine Verantwortung übernehmen könne. Es hatten denn auch, wie der Streik ausbrach, obwohl sich sogleich große Teile der organisierten Sozialisten der Bewegung anschlossen, die Führer der Sozialdemokratie die Leitung nicht in der Hand. Die Organisation erfolgte erst nachträglich. Auch die offiziellen Gründe für den Streik wurden zum Teil erst nachträglich konstruiert und bekanntgegeben.

Diese lauteten: Sofortige Einführung des gleichen Wahlrechts in Preussen; Friede ohne Annexionen; Bessere Verteilung der Lebensmittel.

Der Streik war, wie bereits gesagt, kein organisierter, sondern ein sogenannter "wilder" Streik. Die Streikenden bestanden hauptsächlich aus minderjährigen Arbeitern und aus Frauen. Ueber die Anzahl der Streikenden ist amtlich nichts bekannt gegeben worden. Es dürften aber in ganz Deutschland etwa insgesamt eine Million Arbeiter gestreikt haben. Der Streik war, da die Gewerkschaften sich am Streike nicht beteiligten und da er nicht organisiert war, auch in lokaler Hinsicht nur ein partieller. Es wurden daher sowohl in Ortschaften als in Fabriken zum Teil, wenn nicht zum Großteil gearbeitet. Auch wurde in verschiedenen Großbetrieben, so.z. B. bei Siemens in Berlin überhaupt nicht gestreikt.

Der Streik war lediglich demonstrativer Natur und bestand in Arbeitseinstellung. In Berlin demonstrierten einige Tausend jugendlicher Arbeiter und Frauen hauptsächlich in Alt-Moabit, wo es

auch zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Dabei wurden ein Schutzmann getötet und mehrere Zivilisten schwer verletzt. In anderen Teilen Berlins war vom Streik nichts zu bemerken.

Der Streik selbst kann vorderhand als beendet betrachtet werden, da überall die Arbeit wieder voll aufgenommen worden ist. Die Betriebe der Kriegsrüstung stehen nun unter staatlicher (militärischer) Aufsicht.

Anlässlich einer Besprechung, die ich heute mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von dem Bussche, hatte, brachte ich das Gespräch auch auf den Streik.

Freiherr von dem Bussche bezeichnet als Ursache des Streikes in Deutschland den Streik der kurz vorher in Oesterreich stattfand und die Schlappeheit der dortigen Regierung gegenüber den Streikenden. Ferner sei als auslösendes Moment in Deutschland, insbesondere Preussen, noch die durchaus falsche Meinung dazu gekommen, daß man die preussische Wahlrechtsreform verschleppen oder verhindern wolle. Allerdings gibt auch Freiherr von dem Bussche zu, daß gewisse sozialistische, anarchistische Fäden von Stockholm in verschiedene Länder und namentlich auch zwischen den Bolschewikis einerseits und Oesterreich andererseits gesponnen wurden. Ferner betonte er, daß Entente-Geld zur Revolutionierung Deutschlands via Schweden nach Deutschland gekommen sei. Ferner behauptete er, Deutschland habe Nachrichten erhalten, wonach sich in der Schweiz amerikanische Bureaus befänden, um von dort aus mit amerikanischem ^Gelde Revolutions-Propaganda in Deutschland zu treiben, was ich hiemit als dienstliche Meldung weiterleite und besonders hervorhebe. (Anschließend daran melde ich weiter, daß ich auch von anderen Seiten

gehört habe, daß man hierorts einer angeblich unter der Aegide Amerikas einsetzenden Propaganda in den neutralen Staaten, die den Zweck verfolge, die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu stören, grosse Aufmerksamkeit schenke. Man bringe damit in Zusammenhang, daß an der Schweizergrenze von Deutschland kommende Reisende in ganz auffälliger Weise über die zurzeit in Deutschland herrschenden Verhältnisse ausgefragt werden.)

Was nun die politischen Folgen des zu Ende gegangenen Streikes anbelangt, so bestehen dieselben meines Erachtens, wie schon in meinem Berichte vom 2. Februar angedeutet, in folgendem: Dank der Kraft, Entschlossenheit und Ruhe, mit der die Staats- und Militärgewalt den Streik unterdrückt hat, ohne Konzessionen machen zu müssen, geht die Regierung, an Ansehen gestärkt, aus der Situation hervor, während die extremen Sozialisten eher eine Blamage erlitten haben.

Aus der Besprechung mit dem Herrn Unterstaatssekretär hebe ich noch hervor, daß derselbe mir gegenüber ausdrücklich betont hat: a. Deutschland wolle in Russland keine Gebiete annektieren, b. die preussische Wahlrechtsreform werde unbedingt durchgeführt werden, da man dieses Versprechen dem Volke gegeben habe.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

J. Mercier

1 Beilage.
(Zeitungsausschnitt)

Verste

Vorbereitung unmittelbar vor Kurierabgang:

a.) Friedensablass mit Ukraine soll in
den nächsten Tagen perfekt werden, vorer-
wiegend mit Rumänien.

b.) Frieden zwischen Belgien und
Groß-Russland soll schon geschlossen sein.

c.) soll ein Abkommen zwischen Österreich
u. Deutschland dahin gehend getroffen werden
sein, dass Deutschland Korn (oder Roggen?)
mit Österreich liefert, dafür dass es
ausser der besten im Westen stehenden
österreich. Artillerie, Truppen an die
Ostfront sendet. (Daher eine Aufgabe in
Österreich.)

d.) sollen der Ost- u. Westseite der
Polen mit selbständiger Vertretung
zu den Verhandlungen in Brüssel - L. Konstantin
zugelassen [in der Sache der
eigenen Gemächte] werden.

p. curier.

p. curier

1. Beilage
(Zeitungsbeilage)

aus B.-Z. Montag, 6. II. 1918,

1 Mr. W.

Streitnachsänge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern eine Sitzung abgehalten, um zu den Vorgängen der letzten Tage Stellung zu nehmen. Die Sitzung war, wie der Vorwärts berichtet, sehr stark besucht. Abg. Scheidemann erstattete Bericht über die Maßnahmen des Parteivorstandes. An diesen Bericht schloß sich eine Aussprache, die damit endete, daß die Fraktion einstimmig dem Beschlusse des Parteiausschusses vom 30. Januar beitrug. Mit diesem Beschlusse hatte der Parteiausschuß ein eigenes Programm aufgestellt, das eine geeignete Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung bieten sollte. Wesentlich daran ist die Beschränkung auf innerpolitische Forderungen und die Streichung aller von den damals ausständigen Arbeitern geküherten Wünsche auf dem Gebiete der äußeren Politik.

Die Vertrauensmännerversammlung der Christlichen Gewerkschaft Oberschlesiens, zu welcher 50 obereschlesische Orte Vertreter ent-

sandt hatten, nahm, wie uns aus Breslau drachlich gemeldet wird, eine Entschliehung an, die den politischen Streit revolutionärer Sozialdemokraten aufs entschiedenste verurteilt.